

# Solothurner Zeitung

## OFFENER BRIEF

### Nach dem Tierschutzfall Ramiswil: Tierschützer fordern Massnahmen vom Bund

Dutzende Pferde mussten auf einem Hof in Ramiswil beschlagnahmt werden, über hundert Hunde eingeschläfert. Nun fordern zahlreiche Tierschutzorganisationen Massnahmen.

03.12.2025, 16.40 Uhr

Bei einer Kontrolle auf einem Hof in Ramiswil stellte der Veterinärdienst schlimme Zustände fest. Dutzende Pferde wurden beschlagnahmt und inzwischen verkauft, für über hundert Hunde kam aber jede Rettung zu spät: Sie mussten alle eingeschläfert werden.



In Solothurn wurde eine Gedenkfeier für die getöteten Hunde veranstaltet.

Bild: Oliver Menge

Die Untersuchung zu den Vorgängen ist nach wie vor in Gang, inzwischen haben aber die Tierschutzorganisationen «Die Stiftung für das Tier im Recht», «Vier Pfoten Schweiz» und der «Schweizer Tierschutz STS» gemeinsam einen offenen Brief an Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider verfasst. Der Brief wurde von 77 weiteren Tierschutzorganisationen unterstützt.

Darin wird der Bund aufgefordert, seine Verantwortung wahrzunehmen und «für einen konsequenten und wirksamen Vollzug des Tierschutzgesetzes in der Schweiz» zu sorgen. Denn der Fall Ramiswil sei kein Einzelfall. Wiederkehrende, schwere Tierschutzfälle würden zeigen, dass in der Schweiz seit Jahren ein strukturelles Vollzugsdefizit bestehe.

Besonders problematisch sei die fehlende Transparenz im Vollzug. Ob als Privatperson oder Tierschutzorganisation: Wer einen Missstand meldet, erhalte in der Regel keine Rückmeldung darüber, ob und wie die Behörden aktiv wurden. Damit sei es unmöglich, die Behörden zu kontrollieren.

Die Organisationen fordern darum mehr Transparenz im gesamten Vollzugsprozess, öffentliche Rechenschaftsberichte der Kantone, eine Anpassung der Geheimhaltungspraxis, den Ausbau bestehender Meldestellen sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen Behörden und professionellen Tierschutzorganisationen. (szr)